

Rede von **Iris Dressler**, Direktorin des Württembergischen Kunstvereins, auf der 799. Montagsdemo am 23.3.2026

Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in Deutschland

Ich fühle mich sehr geehrt, auf dieser 799. Montagsdemo sprechen zu dürfen. Vielen Dank!

Hintergrund meines Beitrags ist ein Symposium, das am vorletzten Wochenende im Württembergischen Kunstverein, den ich gemeinsam mit Hans D. Christ leite, stattfand¹. Anlass des Symposiums war unsere tiefe Sorge über die wachsende politische Einflussnahme auf die Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in Deutschland und anderen liberalen Demokratien.

Dabei grenzen wir uns klar und deutlich von jenen rechtspopulistischen und anti-woken Stimmen ab, die Diskriminierung – sei es in Form von Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus – als ein vermeintlich natürliches Freiheitsrecht für sich beanspruchen. Es gibt kein Recht auf Diskriminierung. Und Sexismus zu kritisieren ist keine Schmutzkampagne!

Was uns beschäftigt, ist eine Entwicklung, bei der im Namen der Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus nicht Extremismus und Antisemitismus bekämpft werden, sondern die Kritik an bestehenden Missständen: seien es der Klimawandel, die Avancen der sogenannten politischen Mitte gegenüber dem rechten Rand oder die Politik der derzeitigen israelischen Regierung.

Ein zentrales Thema des Symposiums war, wie der politische Druck auf Institutionen der Künste und Wissenschaften insbesondere durch Geld – das heißt durch die Androhung und die Durchführung des Entzugs öffentlicher Fördermittel und Preisgelder – ausgeübt wird. Es birgt eine gewisse Ironie, dass genau diesem Symposium kurz vor Beginn die Mittel gestrichen wurden. Was war geschehen?

Im Vorfeld des Symposiums hatte sich die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) Stuttgart in einem offenen Brief an Vertreter*innen der Stadt, darunter Oberbürgermeister Nopper, gewandt und die Streichung der Mittel gefordert. Sie warf der Veranstaltung ohne jegliche Grundlage „israelfeindliche Propaganda“ vor. Die Teilnehmer*innen – darunter auch jüdische Forscherinnen – wurden pauschal als „antisemitische Akteure“ diffamiert.

Wir haben diese Vorwürfe entschieden zurückgewiesen. Weder die Veranstaltung noch deren Teilnehmer*innen noch der WKV fördern oder befürworten Antisemitismus. Wer unser Programm kennt, weiß, dass das Gegenteil der Fall ist.

Das Kulturamt der Stadt Stuttgart hat dennoch das Konzept des Symposiums erneut überprüft und schließlich kurz vor Beginn dessen Förderung zurückgezogen. Es begründete diesen Schritt offiziell mit fachlichen Einwänden. Es folgte also offiziell *nicht* den Vorwürfen der DIG, wohl aber deren Forderung, dem Vorhaben die finanziellen Mittel zu entziehen.

Wir haben daraufhin einen Spendenaufruf gewagt – und in kürzester Zeit kam der Fehlbetrag zusammen. Unseren Gästen – viele aus Berlin – hatten wir gesagt, dass sie die Schwaben nicht unterschätzen sollten; dass der Fehlbetrag von 15.000 Euro aber in weniger als drei Tagen zusammenkam, damit hätten auch wir nicht gerechnet. Chapeau an alle Spender*innen!

¹ Siehe: <https://www.wkv-stuttgart.de/programm/2026/veranstaltungen/freiheit>

Dieser Erfolg hat uns nicht nur deshalb unglaublich gefreut und bewegt, weil wir nun das Symposium wie geplant durchführen konnten, sondern auch, weil die Zivilgesellschaft, anders als die Politik, ein deutliches Zeichen gesetzt hat: dass sie offene und kontroverse Debatten wünscht.

Ich hatte es bereits gesagt: Auslöser des Symposiums war eine tiefe Sorge um die Freiheit, Unabhängigkeit und Freiräume von Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft – die sich gerade in den letzten Wochen und Tagen leider gehäuft bestätigt hat.

Diese Sorge betrifft uns als Leiter*innen einer Institution unmittelbar, denn als solche haben wir die Verantwortung dafür zu sorgen, dass Freiheit, Unabhängigkeit und Freiräume gewährleistet bleiben. Diese Verantwortung gilt auch für die Politik und insbesondere für die Kulturpolitik.

Wenn ein Kulturstatsminister diese Verantwortung jedoch ablehnt und stattdessen seinen konservativ-reaktionären Kurs mit autoritären Methoden und der Hilfe des Verfassungsschutzes durchsetzt; wenn ein solcher Kulturstatsminister von einer Regierung getragen wird, deren oberster Dienstherr noch vor Amtsantritt NGOs – bis hin zu den *Omas gegen Rechts* – mit den Mitteln des Staates einzuschüchtern versuchte, nur weil sie den AfD-anbiedernden Teil seiner Politik kritisierten, dann haben wir allen Grund zur Sorge.

Wobei man es fast sportlich nennen könnte, wie Wolfram Weimer es in kürzester Zeit geschafft hat, die gesamte Theater-, Film- und Buchhandelsbranche gegen sich aufzubringen, und das Gegenteil von dem zu erreichen, was er eigentlich wollte: den Rücktritt der Berlinale-Chefin Tricia Tuttle, weil ein Regisseur auf dem Festival die Nahostpolitik Deutschlands kritisiert hatte; sowie die Herabwürdigung dreier traditionsreicher linker Buchhandlungen, die er vom Verfassungsschutz überprüfen ließ. Wenn es nicht so beunruhigend wäre, könnte man fast darüber lachen.

Wenn die Rektorin einer deutschen Kunstakademie von ihrer Landespolitik massiv unter Druck gesetzt wird, nur weil sie die verfassungsrechtlich geschützte Hochschulautonomie verteidigt hat; wenn noch vor ihrer Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien eine Petition gestartet wird, die ihren Rücktritt fordert – und zu deren Erstunterzeichner*innen der Oberbürgermeister der entsprechenden Landeshauptstadt zählt; wenn diese Rektorin von einer Landespolitik angegangen wird, die es *bedauert*, dass sie rechtlich *nicht* in die Autonomie der Hochschulen eingreifen kann, dann haben wir ein Problem in Deutschland.

Ich spreche hier über die derzeit zutiefst bedenkliche Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit einem Konflikt um die Kunstakademie Düsseldorf². Studierende – darunter auch ein jüdischer Student – hatten die palästinensische Künstlerin Basma al-Sharif eingeladen. Nicht ihr international anerkanntes Werk, sondern eine Handvoll Posts, die ich nicht teile, die aber rechtlich allesamt unter das Recht auf Meinungsfreiheit fallen, wurden zum Anlass für eine Kampagne genommen, um die Veranstaltung zu unterbinden. Die Rektorin stellte sich dagegen – und somit vor ihre Studierenden.

Man könnte jetzt sagen, das ist Nordrhein-Westfalen, was hat das mit Baden-Württemberg zu tun? Tatsächlich ist die Situation hier – noch – nicht vergleichbar: aber „wehret den Anfängen“, heißt es nicht von ungefähr.

Wenn überall in Deutschland innerhalb der letzten zehn Jahre Hunderte von Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen diffamiert, ausgeladen oder gar nicht erst eingeladen wurden, Preise aberkannt bekamen, ihre Jobs verloren haben und/oder ausgewiesen wurden, weil sie etwas geliked, gepostet, gesagt, gezeigt oder angezogen haben, dem Antisemitismus, Extremismus oder die Bildung einer kriminellen Vereinigung unterstellt wird; wenn Ausstellungen, Veranstaltungen und Gruppen die Gelder und/oder Räume entzogen werden, nur, weil es Ärger geben *könnte*; wenn das

² Siehe: <https://www.monopol-magazin.de/basma-al-sharif-donatella-fioretti-kunstakademie-duesseldorf>

Versammlungsrecht zunehmend aus fadenscheinigen Gründen aberkannt wird – dann ist das alles zutiefst bedenklich.

Wenn es in einer Resolution des Bundestages heißt, dass neben Kunst und Wissenschaft insbesondere „Migrant*innen aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens für ein erschreckende[s] Ausmaß an Antisemitismus in Deutschland verantwortlich“³ und zu sanktionieren sind, ist diese Form des Aufrufs zu Racial Profiling untragbar.

Wenn Politik, Medien und Lobbygruppen eine nominierte Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht mittels medial lancierter Falschaussagen und Diffamierungskampagnen derart zu schädigen versuchen, dass sie ihre Kandidatur zurückzieht, dann stimmt etwas mit der demokratischen Ordnung und dem Verhältnis dieses Landes zu Frauen nicht. Auch im Fall von Frauke Brosius-Gersdorf, der man von Rechts bis Rechtsaußen Extremismus vorwarf, wurde versucht, die Autonomie von Wissenschaft politisch zu untergraben.

Und das alles zu einer Zeit, in der rechtsextreme Kräfte seit Jahren weltweit erstarken, die AfD überall in Deutschland an Stimmen und Sitzen gewinnt. Gerade jetzt braucht es resiliente Strukturen für offene und kontroverse Diskurs- und Handlungsräume, statt Kürzungen in Kultur, Bildung und Soziales – statt eines wachsenden, in rechtlichen Grauzonen angesiedelten politischen Drucks auf unbequeme Positionen. Die politische Schwächung dieser Räume – der Räume von Festivals, Hochschulen, Kunstakademien, Buchläden, Kunstvereinen, NGOs, Klimaaktivist*innen oder von Kritiker*innen eines absurden Bahnhofsprojektes – ist nicht nur eine Schwächung der Widerstandsfähigkeit gegen Rechts, sondern sie spielt den Zielen des rechtsextremen Kulturkampfes direkt in die Hände.

Zur Erinnerung: Marc Jongen, der kulturpolitische Sprecher der AfD, ließ bereits 2018 auf *Twitter* (heute X) wissen, dass es ihm „eine Freude sein [wird], die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen.“ Derselbe Jongen konnte seine Thesen unter anderem in dem von dem heutigen Kulturstaatsminister Wolfram Weimer gegründeten Magazin *Cicero* veröffentlichen.

Unser Symposium, so könnte man sagen, kam zur rechten Zeit. Tatsächlich sind die genannten restriktiven Tendenzen in Politik und Kulturpolitik schon länger am Werk. So kann ich mich noch sehr gut an jene Briefe erinnern, die wir unter der Regierung Mappus erhielten, und die uns weismachen wollten, dass wir uns als öffentlich geförderte Kulturinstitution „neutral“ zum Thema Stuttgart 21 zu verhalten hätten. Was wir und andere bekanntlich nicht getan haben.

Es ist höchste Zeit, sich nicht von den aktuellen restriktiven Politiken einschüchtern zu lassen – sondern ihnen vielmehr entschieden entgegenzutreten.

Und so ende ich mit einem besonderen Gruß an die Unbeugsamen: an Donatella Fioretti, die Rektorin der Düsseldorfer Kunstakademie, an Tricia Tuttle, Leiterin der Berlinale, an die Buchhandlungen in Göttingen, Bremen und Berlin, an die Teilnehmer*innen unseres Symposiums und an die vielen vielen anderen, die für die Freiheit der Kunst, des Wissens und der Meinung einstehen: also nicht zuletzt an euch alle, die ihr seit Jahrzehnten dem Irrsinn von Stuttgart 21 die Stirn bietet.

Unterstützerkonto der Parkschützer: Inhaber: Umkehrbar e.V. / IBAN: DE02 4306 0967 7020 6274 00
BIC: GENODEM1GLS. Es können keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden.

³ Siehe: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>